

Kreistagsfraktion DieLinke

Herr Landrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen als erstes möchte ich mich bei Herrn Schraut und seinem Team für die geleistete Arbeit bedanken. Wie immer hat er uns in einer Sitzung auch heuer wieder den Haushalt so erklärt, dass wir damit arbeiten können. Mein erstes Thema zum Haushalt ist die Kreisumlage. Auch dieses Jahr soll sie wieder um zwei Punkte gesenkt werden. Gut für die Gemeinden, nicht ganz so gut für den Landkreis, da in den nächsten Jahren mindestens 50 Millionen Euro in die neue Berufsschule investiert werden müssen und wir jetzt schon wissen, s. Haushalt, dass wir bald wieder neue Kredite aufnehmen müssen und die Schulden dann wieder steigen. Für uns ein klarer Widerspruch. Wäre es nicht schon lange nötig, die anhaltende, wie hat es H. Schraut so schön geschrieben, die „Pre-Investitionsphase“ zu überwinden. Eine Möglichkeit für sinnvolle Investitionen wäre tatsächlich die Einführung eines Sozialticket. Wenn schon sehr konkret über einen Wabentarif und einen Verkehrsverbund nachgedacht wird, bitte auch beim Mobilitätskonzept an die Menschen denken, die nicht überall hinkommen können, weil es das Portemonnaie nicht zulässt. Das Sozialticket wird in immer mehr Städten ausprobiert - weil es funktioniert. Warum nicht auch im Landkreis Schweinfurt?

Thema Konversation: Ja, unbedingt. Aber nicht nur als weiteres Gewerbegebiet oder grundsätzlich für die Wirtschaft herrichten. Was Schweinfurt braucht ist ein funktionierender sozialer Wohnungsbau. Schweinfurt wirbt mit dem Wort „Hochschulstadt“. Tausende StudentInnen aus aller Welt besuchen nicht nur die Hochschule, sondern suchen dann auch bezahlbaren Wohnraum. Und mit den riesigen Freiflächen in Geldersheim wäre ein idealer Ort dafür gefunden.

Ein weiteres wichtiges Thema für uns ist das Ankerzentrum in den ehemaligen Conn Barracks. Dort sollen Menschen untergebracht werden. Der H. Eck hat ja in einem Interview diese Unterkünfte angepriesen, hat von „All inclusive“ gesprochen und damit wohl nicht die Unterkünfte selbst gemeint, sondern eher die notwendige Verwaltung des Ankerzentrums. Besorgte Bürger allerdings, haben das „All inclusive“ mit den passenden Fotos der Zimmer, dazu verwandt, wieder einmal Stimmung gegen die Flüchtlinge zu machen. Dort wohnen dann Menschen verschiedenster Religionen, Alters, Familien mit Kindern, verängstigte Menschen, die geflohen sind, vor Bomben, Folter und Vergewaltigungen. Sie sind geflohen, weil sie homosexuell sind oder einfach nur, weil sie Hunger und Durst hatten, perspektivlos waren oder keine Arbeit in ihrer Heimat gefunden haben.

Mehr als 2000 Menschen haben im Mittelmeer den Tod gefunden - Kinder Männer und Frauen. Und wer es schafft nach Deutschland zu kommen, wähnt sich vermeintlich in Sicherheit, aber man sperrt sie zusammen bis ihr Status geklärt ist. Inhuman, also unmenschlich nenn ich das, das Grundgesetz nennt es „mensenwürdelos“.

Als ich in einer Fraktionsvorsitzendenbesprechung den Vorschlag machte, auf dem freierwerdenden Gelände einen Teil des Bereichs für den sozialen Wohnungsbau freizuhalten und den Bau von solchen Wohnungen vom Landkreis zu unterstützen, wurde das als nicht durchführbar bzw. durchsetzbar seitens der Bürger abgetan. Wichtig war bei diesem Thema nur - reicht denn der Platz noch für unseren Gewerbepark, wenn dort das Ankerzentrum steht und, wenn das dann Wohnungen für Asylsuchende sein sollen, dann würde das einer wirksamen Integration widersprechen.

Was ich damit sagen will ist, wir sollten uns als Kreisräte mehr um diese Menschen und den Zuständen in ihren Unterkünften kümmern, damit die Gesundheitsversorgung, dass es mit den Einkaufsmöglichkeiten und der Beteiligung am öffentlichen Leben der Flüchtlinge klappt. Wir, die Polizei und natürlich der private Sicherheitsdienst, sollten sie als Menschen sehen und nicht als Kostenfaktor und als Gäste, die eh bald wieder unser Land verlassen müssen. Ankerzentren fördern die Probleme der Asylbewerber untereinander und belasten die Polizei vermehrt. Kleinere Gruppen, die in kleineren Einheiten wohnlich untergebracht sind, stehen eher für ein friedvolles Zusammenleben.

Integration geht aber anders. Kassanieren schürt Ängste. Erst vor kurzem hat sich ein Flüchtling erhängt und letzten Oktober konnte die Polizei gerade noch eine schwangere Frau davon abhalten, Selbstmord zu begehen.

Wenn sich solche Menschen nicht auf das Wort von unseren verantwortlichen Politiker verlassen können, wenn sie bereit sind sich zu integrieren, deutsch lernen, eine Arbeit finden, sich selbst um alles kümmern, wenn die hiesige Unternehmerschaft ihnen Arbeit oder eine Ausbildung verschafft, dann müssen auch die sich darauf verlassen können, dass sie bis zum Ende ihres Vertrages ihre Lehre bei den Handwerkern beenden können. Dann kann es nicht sein, dass er/sie einfach nur Pech hat, aus Afghanistan zu kommen, weil die Bundesregierung willkürlich dieses Land als sichereres Herkunftsland deklariert - was natürlich Quatsch ist, denn wöchentlich wird von Angriffen der Taliban und vielen Toten dort berichtet. Nachts werden sie dann wie Verbrecher aus ihren Unterkünften abgeholt und gegen ihren Willen abgeschoben, auch wenn sie in Arbeit sind. Und Bayern macht das soweit ich weiß, als einziges Bundesland und führt das rücksichtslos durch. Mit solchen Ankerzentren ist es natürlich dann ein leichtes, mit Menschen dann schnell und rigoros solches zu tun.

Um 1900 machten sich Millionen von Deutschen auf den Weg nach Amerika, weil sie keine oder schlechte Arbeit hatten oder weil sie für sich und ihre Kinder keine Perspektive in Deutschland sahen. Wirtschaftsflüchtlinge würden sie heute genannt, verniedlicht Auswanderer nennen wir sie heute. RumänInnen, PolInnen oder BulgarInnen, die auch nach Arbeit bei uns suchen, werden meist als Schmarotzer oder als Wirtschaftsflüchtlinge beschimpft und wieder „Nachhause“ gejagt.

Wir als Kreisräte haben eine Verantwortung gegenüber diesen armen Menschen. Zumindest die kurze Zeit, die sie hier sind, sollten sie das Gefühl von uns bekommen, dass sie willkommen sind. Wir würden das auch von Politikern erwarten, wenn wir in solch einer Zwangslage wären. Haben sie den Status, dass sie hierbleiben und arbeiten dürfen, dann sollten wir mit den Unternehmen reden, damit diese Flüchtlinge eine reelle Chance haben, auch Arbeit zu finden und keine Angst zu haben brauchen, nachts überfallen zu werden und dann abgeschoben zu werden.

Danke fürs Zuhören.